

● ● ● Der Kreistag - Haupt-, Finanz- und Rechtsausschuss



HESSENS MITTE • WISSEN
WIRTSCHAFT & KULTUR

Az.: 91 000-212

Gießen, den 3. Dezember 2013

Kreisgremien und
Öffentlichkeitsarbeit
Anette Herzberger
Gebäude F, Raum F208
Riversplatz 1-9
35394 Gießen
Telefon 0641/9390-1829
anette.herzberger@lkgi.de
www.lkgi.de

NIEDERSCHRIFT

**über die 18. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses des
Landkreises Gießen am 28. November 2013
Konferenzraum 1, Zimmer Nr. F 212, Riversplatz 1-9, 35394 Gießen**

Zu dieser Sitzung wurde mit Einladungsschreiben vom 11. November 2013
eingeladen.

Sitzungsbeginn: 16.08 Uhr

Sitzungsende: 17.35 Uhr

Es sind anwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Matthias Klose
Herr Stefan Bechthold
Frau Annette Bergen-Krause
Frau Monika Graulich

Herr Heinz-Peter Haumann
Herr Frank Ide
Frau Nadja Kolonus

Herr Klaus Peter Möller
Herr Reinhard Peter
Herr Peter Pilger
Frau Anne Sussmann

Herr Gerónimo Sánchez Miguel

beratende Ausschussmitglieder

Herr Reinhard Hamel
Herr Harald Scherer
Frau Maria Alves
Herr Tim van Slobbe

Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordnete
Kreistagsabgeordnete i.V. für
Karl-Heinz Schäfer
Kreistagsabgeordneter
stv. Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordnete i.V. für
Matthias Knoche
Kreistagsabgeordneter
Kreistagsabgeordneter
stv. Ausschussvorsitzender
Kreistagsabgeordnete i.V. für
Erhard Reinl
Kreistagsabgeordneter

Kreistagsabgeordneter
Gruppenvorsitzender
Kreisausländerbeirat
Kreisausländerbeirat

Ältestenrat

Herr Karl-Heinz Funck
Frau Claudia Zecher
Frau Hiltrud Hofmann
Herr Günther Semmler
Herr Claus Spandau

Kreistagsvorsitzender
stv. Kreistagsvorsitzende
Fraktionsvorsitzende
Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

Kreisausschuss

Frau Anita Schneider
Herr Dirk Oßwald

Frau Dr. Christiane Schmahl

Herr Dirk Haas

Herr Dr. Klaus Becker
Herr Heinz Deibel
Frau Silva Lübbers
Herr Gottfried Schneider
Herr Jan-Eric Walb

Landrätin
hauptamtlicher Erster
Kreisbeigeordneter
hauptamtliche
Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordneter (mit
Dezernat)
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordnete
Kreisbeigeordneter
Kreisbeigeordneter

Verwaltung

Herr Thomas Euler

Herr Udo Liebich
Frau Eva-Maria Jung
Frau Jutta Heieis

Herr Mario Rohrmus

Herr Matthias Spangenberg
Frau Petra Laux
Herr Rainer Knapp
Herr Dr. Felske-Zech
Herr Klaus Dieter Schmitt

Kreisgremien u.
Öffentlichkeitsarbeit
Büroleiter Dez. I
Büroleiterin Dez. II
Fachbereich Finanz- u.
Rechnungswesen
Fachbereich Schule, Bauen,
Sport und Abfallwirtschaft
Fachdienst Schule
Fachdienst Personal
Fachdienst Personal
Stabsstelle Wifö/Tourismus
Schriftführer

Entschuldigt:

Herr Karl-Heinz Schäfer
Herr Johann Gottfried Hecker

Kreistagsabgeordneter
Kreisbeigeordneter (mit
Dezernat)

1. Eröffnung und Begrüßung

Herr Ausschussvorsitzender Klose eröffnet die 18. Sitzung des Haupt-, Finanz- und Rechtsausschusses. Er begrüßt die anwesenden Sitzungsteilnehmerinnen und -teilnehmer und stellt sodann die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistagsausschusses fest.

2. Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014;
Investitionsprogramm für die Jahre 2013 bis 2017;
hier: Erste Beratung (Vorlage Nr. 0769/2013)

Im Rahmen der ersten Beratung des Haushaltes 2014 ergeben sich folgende Fragen, deren Beantwortung protokollarisch wie folgt festgehalten werden bzw. die Stellungnahmen der jeweiligen Fachabteilungen Bestandteil der Niederschrift sind:

1. Vorbericht

Herr Fraktionsvorsitzender Spandau bittet zur Grafik über die Entwicklung der Kassenkredite auf Seite 20 um weitergehende Informationen vor dem Hintergrund der Entschuldungshilfen des Landes und des trotzdem ansteigenden Kassenkreditvolumens bis Ende 2013.

Die Leiterin des Fachbereiches Finanz- und Rechnungswesen, Frau Heieis, erläutert die Entwicklung der Kassenkredite und begründet den Anstieg der Kassenkredite im Jahresverlauf mit den insbesondere am Jahresende/Jahreswechsel erwarteten Liquiditätsabfluss durch fällig werdenden Verbindlichkeiten. Weiterhin sei der neue Finanzmittelbedarf des Haushaltsjahres in Höhe 17,6 Mio. € zu berücksichtigen sowie eines Liquiditätsabflusses aus der Investitionstätigkeit durch verzögerte Baumaßnahmen. In Zusammenhang mit dem Höchstbetrag der Kassenkredite in der Haushaltssatzung von 195 Mio. € wurde auch ein Finanzmittelbedarf von ca. 10 Mio. € als Reserve für die haushaltslose Zeit des Folgejahres 2015 berücksichtigt.

Herr Scherer bittet die Erhöhung der Energiekosten um ca. 500.000 € zu begründen.

Der Leiter des Fachbereiches Schule, Bauen, Sport und Abfallwirtschaft, Herr Rohrmus, begründet die Steigerung der Stromkosten mit Hinweis auf den Anstieg der EEG-Umlage.

Protokollnotiz:

Der Anteil der EEG-Abgabe an den Stromkosten beträgt im Jahr 2014 ca. 30 % (6,24 Ct/kWh netto). Für das Kalenderjahr 2013 lag der Anteil der EEG-Abgabe an den absoluten Stromkosten bei ca. 27 % (5,277 Ct/kWh netto). Damit ist eine prozentuale Steigerung der Stromkosten durch die Erhöhung der EEG-Abgabe um ca. 18,5 % eingetreten. Der Gesamtansatz für die Energiekosten erhöht sich insgesamt von 3,5 Mio. um 500.000 € auf 4,0 Mio. €. Dies entspricht einer Erhöhung von ca. 14 %. Es ist zu berücksichtigen, dass neben Preissteigerungen auch verbrauchsabhängige Veränderungen eine Rolle spielen, die zu Einsparungen im Energiebereich führen.

2. Teilhaushalte

Produktbereich 11: Innere Verwaltung

Herr Haumann bittet in Zusammenhang mit den Struktur- und Leistungszahlen im Produkt 11.1.02 (Revision) um eine Erläuterung des Haushaltsansatzes 2014 in Höhe von 180.000 € für die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte in Zusammenhang mit den noch zu prüfenden Eröffnungsbilanzen und Jahresabschlüssen der Städte und Gemeinden.

Protokollnotiz (Beantwortung durch die Revision):

Der Haushaltsansatz 2014 errechnet sich nach unserer vorsichtigen Schätzung aus den fällig werdenden Gebühren für die restlichen Eröffnungsbilanzen sowie den zur Prüfung vorgelegten Jahresabschlüssen. Die abschließende Prüfung der Eröffnungsbilanzen dürfte im II. Quartal 2014 abgeschlossen sein. Da wir im Rahmen der vorbereitenden und begleitenden Prüfung der Eröffnungsbilanzen bereits Abschlagszahlungen in Rechnung gestellt und bereits vereinnahmt haben, werden in 2014 hierfür nur noch Restzahlungen erwartet.

Eine Erhöhung der Prüfungsgebühr von 60 € auf 65 € pro Stunde wird im Dezember abschließend vom Kreistag zu entscheiden sein. Eine Erhöhung des Haushaltsansatzes von 180.000 € auf 200.000 € wird in der Änderungsliste zum Haushalt 2014 aufgenommen.

Seit Oktober 2013 sind abschließende Stellennachbesetzungen im Bereich der Gemeindeprüfung erfolgt, jedoch ist eine Einarbeitungszeit der neuen Kolleginnen von mind. 6 Monaten notwendig. Der mit der Einarbeitung einhergehende Zeitbedarf für Fortbildung und Qualifizierung fehlt wiederum für Prüfungen von Abschlüssen. Dies betrifft die neuen Kolleginnen aber auch die Kollegen/innen, die eine Einarbeitung vornehmen müssen.

Hinzukommt, dass eine Steuerung der Erträge bei Prüfungsgebühren durch die Revision nicht möglich ist, da die Revision keinen Einfluss auf den Zeitpunkt der Erstellung der Jahresabschlüsse seitens der Kommunen hat.

Zum Produkt 11.1.11 (Personalservice) bittet Herr Scherer um eine nähere Begründung des Haushaltsansatzes für Beratungsleistungen in Höhe von 30.000 €.

Frau Landrätin Schneider verweist hierzu auf die noch laufenden Organisationsuntersuchungen für die gesamte Kreisverwaltung, die in 2012 teilweise mit externer Unterstützung begonnen haben, in verschiedenen Organisationseinheiten abgeschlossen wurden und im Haushaltsjahr 2014 fortgesetzt werden sollen.

Produktbereich 12: Sicherheit und Ordnung

Herr Haumann bittet die Reduzierung des Haushaltsansatzes 2014 im Vergleich zum Ergebnis 2012 im Produkt 12.2.04 (Verkehrswesen, öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte) zu erklären.

Protokollnotiz:

Die Beantwortung der Frage erfolgt in der Sitzung des HFR am 12.12.2013 in Zusammenhang mit der Vorstellung der BSC für das Produkt 12.2.04 (Verkehrswesen).

Zum Produkt 12.2.02 (Ordnungs- und Gewerbewesen) fragt Herr Scherer in Zusammenhang mit der Erhöhung der Software-Pflegeverträge, welche Fallzahlen in diesem Bereich gestiegen sind.

Protokollnotiz:

Bei dem erhöhten Ansatz für die Software-Pflegekosten handelt es sich um den für das Gewerbeprogramm „MIGEWA“ entstehenden Aufwand. Da hausintern 5 weitere Mitarbeiter Zugriffsberechtigungen für das Programm erhalten, erhöhen sich die Software-Pflegekosten entsprechend.

Zu den Fragen von Herr Haumann und Herrn Möller zur Planung eines gemeinsamen Gefahrenabwehrzentrums mit der Stadt Gießen (Produkt 12.7.01 Maßnahme 100) erstattet Frau Landrätin Schneider einen aktuellen Sachstandsbericht.

Herr Scherer bittet zum gleichen Produkt um eine Erläuterung für die vorgesehenen Haushaltsmittel zur Untersuchung der Organisationsstruktur der Zentralen Leitstelle sowie der Miet- und Nebenkosten für die Räume der Leitstelle im Gebäude der Berufsfeuerwehr Gießen.

Hierzu erläutert Frau Landrätin Schneider die Notwendigkeit eines Qualitätsmanagements hinsichtlich der Anforderungen der Kostenträger (insbesondere der gesetzlichen Krankenkassen) an die Zentrale Leitstelle.

Zu den Nebenkosten aus der Nutzung der Räume in der Steinstraße weist Frau Landrätin Schneider auf die Zahlungsverpflichtungen aus dem öffentlich-rechtlichen Vertrag (Leitstellenvertrag) mit der Stadt Gießen hin.

Produktbereich 21: Schulträgeraufgaben – Grund- und Gesamtschulen

In Zusammenhang mit der Maßnahme *Erich-Kästner-Schule Lich, Neubau einer Grundschule* bittet Herr Haumann um eine Investitionsaufstellung der drei letzten neu gebauten Grundschulen.

Produktbereich 24: Schulträgeraufgaben – Schülerbeförderung, sonstige schulische Aufgaben, Medienzentrum

Herr Scherer bittet um eine Begründung für die Steigerung der Sachkosten für den Kreiselternbeirat und Kreisschülervvertretung von 1.000 € auf 3.000 €.

Frau Landrätin Schneider verweist auf die dem Kreiselternbeirat zustehenden Aufwandsentschädigungen, die bisher noch nicht in Anspruch genommen wurden.

Die Frage von Herrn Scherer zu dem Haushaltsansatz für die Schulentwicklungsplanung in Höhe von 5.000 € beantwortet der Fachdienstleiter Schule, Herr Spangenberg, und weist darauf hin, für die Schulentwicklungsplanung der Förderschulen externer Sachverstand eingeholt werde. Weiterhin beinhalte der Haushaltsansatz die notwendigen Druckkosten.

Produkt 27.1.01: Kreisvolkshochschule

Herr Haumann bittet künftig in der Produktbeschreibung für die Kreisvolkshochschule die Kooperation der Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen zu erwähnen.

Protokollnotiz:

In der Produktbeschreibung wird folgender Hinweis ergänzt:

„Die Volkshochschulen von Stadt und Landkreis Gießen arbeiten als kommunale Dienstleisterinnen in trägerübergreifenden kooperativen Strukturen.“

Produktbereich 30: Soziale Leistungen

Herr Haumann bittet um eine Erläuterung zu der Veranschlagung der Personalaufwendungen für den gesamten Produktbereich sowie eine Erklärung für die Steigerung der Haushaltsansätze von 2013 nach 2014.

Protokollnotiz:

Die Personalkostenansätze für das Planjahr 2014 werden vom Fachdienst Personal in den folgenden Produkten veranschlagt:

30.0.01: Beschäftigte des FD Familien, Inklusion und Demografie und des internen Stabes mit insgesamt 1.613.900 €;

31.0.01: Beschäftigte des FD Soziales mit insgesamt 2.317.300 €;

36.0.01: Beschäftigte des FD Jugend mit insgesamt 3.610.200 €.

Bei der Darstellung der Ergebnisse der Vorjahre erfolgt eine Zuordnung zu allen Produkten, da dies auf Grund von statistischen Vorgaben und Kostenverrechnungen einzeln dokumentiert werden muss. Die Mittelbewirtschaftung erfolgt mittlerweile auf weit über 400 Konten nur

für die Personalkosten. Auf Grund dieser Struktur unterscheiden sich die Personalkostenansätze von den jeweiligen Rechnungsergebnissen.

Herr Erster Kreisbeigeordneter Oßwald begründet die Personalkostenerhöhungen von 2013 nach 2014 mit zusätzlichem Personalbedarf für den Bereich des AsylbLG und der Übernahme der Wohngeldstelle von der Stadt Gießen.

Die Feststellung von Herrn Haumann, dass im Produkt 31.1.06 (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erstmals ab 2014 eine 100 %ige Kostenerstattung durch den Bund erfolge, wird von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Oßwald bestätigt. Allerdings erfolge keine Kostenerstattung der Sach- und Personalkosten des Landkreises.

Zum Produkt 31.2.02 (Kommunale Leistungen zur Arbeitsmarktintegration) bittet Frau Hofmann ab dem Haushalt 2015 das Konzept für die Arbeitsmarktintegration/Jobagenten/Übergang Schule & Beruf in den Erläuterungen zusammengefasst darzustellen.

Produktbereich 42: Sportförderung

Herr Haumann verweist auf einen Schreibfehler in der Produktbeschreibung zu 42.1.01 (Förderung des Sports). Die Bezeichnung „Kreissportbüros“ müsse sicherlich ersetzt werden durch „Büro des Sportkreises“.

Protokollnotiz:

Der Hinweis wird in die Produktbeschreibung übernommen.

Produktbereich 53: Ver- und Entsorgung

Auf Nachfrage von Herrn Haumann erläutert Frau Landrätin Schneider das neue Produkt 53.5.01 (Zweckverband Oberhessische Versorgungsbetriebe) mit der gesonderten Veranschlagung der Gewinne aus dem Versorgungsbereich des ZOV im Landkreis Gießen einerseits und der Darstellung der Verluste aus dem ÖPNV andererseits.

In diesem Zusammenhang kündigt Frau Landrätin Schneider noch eine Verbesserung dieser Haushaltspositionen über die Änderungsliste des Kreisausschusses an.

Produkt 57.1.01: Wirtschaftsförderung und Tourismus

Herr Scherer bittet um eine Erläuterung der Zusammensetzung folgender Haushaltspositionen:

- Öffentlichkeitsarbeit (29.000 €)
- Geschäftsausgaben LEADER-Region (20.000 €)
- Mitgliedsbeiträge (80.500 €)
- Förderung touristischer Infrastrukturmaßnahmen (20.000 €)

Die Beantwortung der Frage ist als **Anlage** dem Protokoll beigelegt.

Im Rahmen der Beratung dieses Produktes geht Herr Haumann auf den Antrag der CDU-Fraktion auf Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Stadt und Landkreis Gießen ein. Herr Haumann kritisiert, dass bis zur heutigen Beratung des Haushaltes 2014 die im Kreistagsausschuss für Arbeit, Wirtschaft, Kreisentwicklung, Energie und Verkehr im Juni 2013 zugesagten Informationen aus dem Landkreis Hersfeld-Rothenburg noch nicht im Fachausschuss vorgestellt und besprochen wurden. Herr Haumann bittet in diesem Zusammenhang Herrn Kreistagsvorsitzenden Funck dafür Sorge zu tragen, dass diese fehlenden Informationen im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen nachgereicht werden.

Herr Kreistagsvorsitzender Funck erklärt, dass sich die Vorsitzende des Fachausschusses mit der Thematik beschäftige und der Auftrag zu dem CDU-Antrag bearbeitet werde.

Herr Fraktionsvorsitzender Spandau wünscht sich künftig für dieses Produkt eine Balance Score Card (BSC) mit entsprechenden Kennzahlen, wie dies bereits in anderen Produkten des Haushaltes erfolge.

3. Stellenplan

Auf Nachfrage von Herrn Haumann werden die im Stellenplan 2014 vorgesehenen Stellenanhebungen von Frau Landrätin Schneider und Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Oßwald erläutert.

4. Wirtschaftsplan ZAUG gGmbH

Herr Haumann bittet die Spartenrechnung der ZAUG gGmbH bis zur nächsten Sitzung des HFR am 12.12.2013 vorzulegen.

5. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen und Rückstellungen

Herr Kreistagsvorsitzender Funck stellt fest, dass durch die Umwandlung der Gebührenausschlagsrücklage in einen Sonderposten für den

Gebührenausschleich Abfallwirtschaft der Stand der Gebührenüberschüsse in dieser Übersicht nicht mehr zu erkennen ist. Er bittet künftig, die Entwicklung der vormaligen Gebührenausschleichsrücklage an geeigneter Stelle im Haushalt abzubilden.

Protokollnotiz:

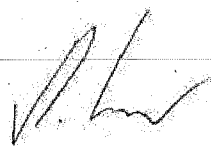
Die Entwicklung der Gebührenausschleichsrücklage bzw. des Sonderpostens für den Gebührenausschleich Abfallwirtschaft wird künftig im Vorbericht dargestellt.

Tatsächlicher Stand des Sonderpostens für den Gebührenausschleich Abfallwirtschaft am 31.12.2012: 4.435.743,16 €

3. Mitteilungen und Anfragen

Es liegen keine Mitteilungen und Anfragen vor.

Anlagen: 1. Erläuterungen zum Produkt 57.1.01 (Wirtschaftsförderung und Tourismus).



Matthias Klose
Ausschussvorsitzender



Klaus Dieter Schmitt
Schriftführer

Anfrage HFR 28.11.2013**Produkt 57.1.01*****Beiträge an Vereine und Verbände***

Für das Haushaltsjahr 2014 wurden EUR 78.000,-- veranschlagt. Dies entspricht dem Ansatz 2013.

• Lahntal-Tourismusverband	EUR	32.000,--
• Vogelsberg Touristik GmbH	EUR	25.800,--
• Regionalmanagement Mittelhessen GmbH	EUR	20.000,--
• Verein Region Gießener Land e.V.	EUR	200,--
Gesamt	EUR	78.000,--

Förderung touristischer Infrastrukturmaßnahmen

• Wegemanagement + Marketing Lahnwanderweg, Kelten-Römer-Pfad: 50 km à EUR 220	EUR	11.000,--
• Übernachtungsabgabe Hessen Agentur	EUR	2.000,--
• Zuschuss Hotel-Zertifizierungen	EUR	2.000,--
• Unterstützungen touristischer Projekte *)	EUR	3.000,--
• Ersatz Wegemarkierungen (Material)	EUR	2.000,--
Gesamt	EUR	20.000,--

*) In 2013: EUR 2.000,-- für Verein Lumdatalbahn,
EUR 1.000,-- für Rundwanderweg Gießen-Allendorf

Öffentlichkeitsarbeit

Aus dem Budget werden sämtliche Veröffentlichungen der Stabsstelle 92 finanziert, ebenso wie öffentlichkeitswirksame Aktionen wie Wander-Aktionstag, Hessentag 2012, Landesgartenschau 2014. .

• Druck Veranstaltungskalender ImmerWasLos	EUR	7.000,--
• Standbeteiligung Landesgartenschau (LGS)	EUR	2.000,--
• Neuer Flyer „Gärten und Parks“: Layout und Druck (60.000 Exemplare wg. LGS)	EUR	2.000,--
• Aktualisierung „Museen im GießenerLand“ Layout und Druck (15.000 Exemplare)	EUR	8.000,--
• Nachdruck „Sehenswertes im GießenerLand“	EUR	6.000,--
• Druck Veranstaltungsflyer, Infolyer zur LGS	EUR	1.500,--
• Layout und Druck Folder für ExpoReal	EUR	2.000,--
• Druck Veranstaltungs- und Infolyer Regionale Energiepolitik	EUR	500,--
Gesamt	EUR	29.000,--

LEADER Region

Diese Aufwendungen sind für Projekte aus der LEADER-Förderung in der Region Gießener Land vorgesehen. Der Anteil des Landkreises Gießen ist im Vertrag v. 22.01.2008 zwischen dem Verein Region Landkreis Gießen und dem Landkreis Gießen geregelt. 2013 beschloss der Vorstand des Vereins die Senkung des Anteils auf EUR 20.000,--.

Der aktuelle LEADER-Förderzeitraum endet zum 31.12.2013. Für den kommenden Zeitraum ab 2014 wird sich der Verein Region Gießener Land e.V. bewerben. Wir gehen von einer erfolgreichen Bewerbung aus, weshalb das Budget in den Haushalt 2014 eingestellt wurde.

Gez. 02.12.2013

Dr. Manfred Felske-Zech
